

*In den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 versuchten die Nationalsozialisten, alles Leben auszulöschen, das ihrer Auffassung nach weniger wert war als ihr eigenes. Wegen dieses Rassenwahns wurden in Europa mehrere Millionen Menschen ermordet. Die Aufarbeitung dieses Traumas ist bis heute nicht abgeschlossen. An vielen Orten Europas gibt es Stätten, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Überlebende des Mordens und ihre Angehörigen kämpfen gegen das Vergessen. Sie veröffentlichen ihre Erinnerungen, halten Vorträge und klären jüngere Generationen über die Verbrechen der NS-Zeit auf. Der Holocaust – Haben wir damit nichts mehr zu tun?*

---

Die Organisation der Transporte aus dem Altreich vollzog sich unter weitgehender Einbeziehung der örtlichen Gestapoleitstellen und deren Außendienststellen. Das RSHA (Reichssicherheitshauptamt) IV B 4 lieferte den jeweiligen Gestapoleitstellen von Zeit zu Zeit „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden“, die sich im Laufe der Jahre wenig änderten, und traf auch alle grundsätzlichen Entscheidungen, d.h. wann und wohin ein Transport fahren sollte, die Kriterien für die Auswahl des betreffenden Personenkreises und die festgelegte Anzahl. Die Abwicklung, d.h. die praktische Organisation der Transporte überließ das RSHA den Gestapoleitstellen mit ihren Außendienststellen. Die Gestapoaußendienststelle Bielefeld (ehemals Stapostelle Bielefeld), deren Bezirk die Länder Lippe, Schaumburg-Lippe und den Regierungsbezirk Minden (ehemaliger Stapostellenbezirk Bielefeld) umfaßte, erhielt danach im allgemeinen von der Gestapoleitstelle Münster (ehemals Stapostelle Münster) o.g. Richtlinien sowie weitere Modalitäten für eine bevorstehende Deportation mitgeteilt. [...]

Soweit nicht die Bielefelder Juden selbst betroffen waren, bediente sich die Gestapo Bielefeld der Mithilfe einer Reihe von Behörden innerhalb ihres Bezirks. Sie verständigte die Oberbürgermeister und Landräte, aus deren Amtsbereichen Juden für die Deportation vorgesehen waren, teilte ihnen die notwendigen Instruktionen für die Organisation der Transporte mit und übersandte namentliche Verzeichnisse der aus ihren Kreisen und Städten für den jeweiligen Transport ausgewählten Juden. Die Landräte beauftragten mit den verlangten Maßnahmen wiederum die Bürgermeister der Städte und Gemeinden (Ortspolizeibehörden) ihrer Kreise. Die genannten Behörden hatten die für die Vorbereitung eines Transports notwendigen Aufgaben (Einzug und Versand des Reisegepäckes, Versiegeln der Wohnungen usw.) zu erledigen. Ferner mußten sie die zuständigen Arbeitsämter und Wirtschaftsämter über die „Evakuierung“ der betroffenen Juden informieren. Des weiteren mußten sie sich darum kümmern, die Juden zu erfassen und wenige Tage vor ihrer Abfahrt in das Sammellager nach Bielefeld zu transportieren – u.a. der „Kyffhäuser“ am Kesselbrink -, in dem sie gemeinsam mit den Bielefelder Juden untergebracht wurden. In ihrem Buch erinnert sich Karla Raveh ebenfalls daran, wie sie mit ihrer Familie vor der Deportation im „Kyffhäuser“ untergebracht wurde (siehe M 4.1).